

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 11

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Sinn und Unsinn parlamentarischer Sondersessionen

In der Juni-Session der eidgenössischen Räte hatten unter Führung der Sozialdemokraten 54 Parlamentarier eine Sondersession zur Behandlung der «Tschernobyl»-Problematik verlangt. Nun sind solche Sonderübungen, die von einer Ratsminderheit erzwungen werden können und die im Geschäftsreglement ursprünglich auch zweifellos nur als politische Auffangoperationen in Extremlagen konzipiert waren, alles andere denn unumstritten. Schon die «Wald»-Debatte des Vorjahrs, die sich mangels verbindlicher Vorgaben auf die Behandlung von rund 50 parlamentarischen Vorstössen zu beschränken hatte, hinterliess zwiespältige Gefühle. Und auch angesichts der «Tschernobyl»-Sondersession kamen deutliche Zweifel darüber auf, ob beim gegenwärtigen Stand der Dinge über den publizistischen Effekt hinaus sachlich fundierte Resultate erwartet werden könnten. So war denn die grosse Mehrheit des Nationalrates über den Entscheid der Fraktionspräsidentenkonferenz erleichtert, wenigstens auf eine zusätzliche Parlamentswoche zu verzichten und für die Sondersession lediglich vier Sitzungshalbtage am Ende der Herbstsession zu reservieren.

Von der «Mirage»-Affäre zur «Tschernobyl»-Debatte

In der 17stündigen Redeschlacht kamen rund 150 der 200 Nationalräte zu Wort. Der Zufall wollte es, dass sich gleichzeitig eine grosse Schar Ehemali-

ger in Bern traf, wobei ein Veteran der «Mirage»-Debatte von 1964 verwundert feststellte, dass sich damals, in einer ernsten Krisenlage des Regierungssystems, 15 Redner zu Worte meldeten, was einem Rekord gleichkam. Vermutlich hätten es von der sachlichen Substanz her auch diesmal nicht mehr Votanten sein müssen. Vom heutigen Umfeld her aber erscheint die inflationäre Entwicklung solcher Debatten fast unausweichlich. Wenn Präsenz am abendlichen Fernsehen winkt, und sei es auch nur für einen möglichst provokativen Satz, wenn ferner Tageszeitungen genau darüber Buch führen, wer in solchen Debatten gesprochen hat und wer nicht — wobei neuerdings «Nichtredner» auch noch riskieren, ihr Schweigen gegenüber Reportern «rechtfertigen» zu müssen —, dann erscheint der Andrang zum Rednerpult menschlich einigermassen verständlich.

Dabei kommt das Parlament publizitätsmässig letzten Endes allerdings vom Regen in die Traufe. Denn die Spannungslosigkeit der Debatten erhöht sich angesichts solch endloser Rednerlisten gewissermassen im Quadrat der Zahl der Voten. Im Ratssaal breitet sich entsprechend gähnende Leere aus, was wiederum sarkastische Medienkommentare und Ärger beim Publikum auslöst. Dass selbst die Initianten solcher Debatten von der allgemeinen Unlust und Langeweile erfasst werden, wird durch die Tatsache illustriert, dass auch von den 54 Parlamentariern, welche die Sondersession ver-

langt hatten, phasenweise weniger als ein Viertel anwesend war.

Geklärte Prämissen für die mittelfristige Energiepolitik

So muss man sich fragen, wieweit solche parlamentarische Parforce-touren überhaupt sinnvoll sein können. Aufgrund des Schicksals der politisch brisantesten Vorstösse ist die Enttäuschung all jener verständlich, die von der Session den «Aufbruch zu neuen Horizonten» erwartet hatten. Ein gewisser Stellenwert ist der «Tschernobyl»-Debatte aber trotzdem nicht abzusprechen, auch wenn ihr Einbau ins normale Sessionsprogramm zweifellos genügt hätte. Zunächst einmal kommt dem Parlament nicht nur gesetzgebende Funktion zu. Vielmehr stellt es auch eine Art Resonanzboden für die Stimmung im Volk dar. So brachte die Debatte die psychologisch-politischen Folgen von Tschernobyl zweifellos einigermassen repräsentativ zum Tragen. Darüber hinaus bot sie Gelegenheit, die Haltung des Parlaments zur Energiepolitik des Bundesrates in eini-

germassen verbindlicher Form zu artikulieren.

Der Nationalrat hat sich dabei als weitgehend immun gegen vorschnelle dramatische Gebärden erwiesen. Er bestätigte seine früheren Beschlüsse in bezug auf «Kaiseraugst» deutlich und lehnte den grundsätzlichen «Ausstieg» aus der Kernenergie ebenso klar ab. Gleichzeitig steckte er das energiepolitische Feld für die nächste Zeit ab, indem er vom Bundesrat neue Szenarien für die Sicherstellung der Energieversorgung verlangte — die dieser übrigens auch ohne Parlamentauftrag bereits in Arbeit genommen hatte — und indem er auch grünes Licht für einen neuen Verfassungsartikel zur Energiepolitik gab, wobei die Meinungen über dessen Inhalt allerdings weit auseinandergehen.

So wenig also materiell aus dieser Sondersession herausgeschaut hat — politisch darf ihr Gewicht nicht unterschätzt werden, weil sie doch immerhin die mittelfristigen energiepolitischen Prämissen deutlich formuliert oder bestätigt und damit einiges an Unsicherheiten ausgeräumt hat.

Richard Reich

Inkompatibel

Die Sowjetunion hat kürzlich durchblicken lassen, dass sie nicht abgeneigt wäre, eine *Mitgliedschaft im GATT* ins Auge zu fassen. Die Sowjetunion als Partner eines internationalen Clubs, dessen Ziel es ist, ein multilaterales Welthandelssystem sicherzustellen? Und das sich in Punta del Este durchgerungen hat, in eine neue Verhand-

lungsrunde einzusteigen. Gewiss wäre der Gedanke nicht völlig abwegig, auch die sozialistischen Länder Osteuropas in eine internationale Organisation einzuspannen, die eine Befreiung des Welthandels von unnötigen Restriktionen anstrebt. Ist aber eine solche Vorstellung auch realistisch?

Sie wäre wohl nur dann wirklich-

keitsnahe, wenn davon ausgegangen werden könnte, dass die sozialistischen Staaten im Rahmen einer konsequenteren Reformpolitik die Voraussetzungen dafür bereitstellten, dass die Außenhandelssysteme von Ost und West kompatibel werden. Und sie ist insbesondere illusorisch für den Fall der Sowjetunion. Diese befindet sich im Reformgeschäft nach wie vor auf höchst *konservativem* Kurs, was heisst, dass sie im Kern an einem Ordnungssystem der Zentralverwaltungswirtschaft festhält. Es gibt keine Indizien, die diese Annahme substantiell relativieren könnten. In der Reformpolitik gebärdet sich die Sowjetunion auch unter Gorbatschew wenig innovativ; sie tritt an Ort und zeigt schwere Verkalkungserscheinungen. Die Ökonomen, die zu diesem Thema etwas zu sagen hätten, sind schon lange von der Bildfläche verschwunden. Das wirtschaftliche Klima ist kalt und steril.

Solange dieser Zustand anhält, kann die Sowjetunion im Prinzip von ihrem Außenhandelssystem, das sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Modifikationen weitgehend unverändert praktiziert, *nicht* abrücken. Jede Zentralverwaltungswirtschaft braucht *nwendigerweise* ein Außenhandels- und Devisenmonopol. Die Frage, welche Einsatzfaktoren im Produktionsprozess mit Hilfe von Importen aus dem

Ausland bezogen werden sollen und welche Produktionsteile in Form von Exporten andern Volkswirtschaften zur Verfügung gestellt werden können, muss im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Planung beantwortet werden. Die aussenwirtschaftlichen Beziehungen sind Planbestandteile. Ergo kann es auch keinen Freihandel geben, der diesen Namen verdienst würde. Westliche Handelspartner der Sowjetunion befinden sich nicht im Markte; sie hängen vielmehr an der Nabelschnur der zentralen Planung, sind also eigentlich «Planerfüllungsgehilfen». Das Außenhandelsmonopol bestimmt, was an aussenwirtschaftlichen Beziehungen denkbar und möglich ist. In einem westlichen Verständnis sind das *quantitative Restriktionen* — die bekanntlich im GATT-System nichts zu suchen haben. Die Sowjetunion ist primär an einseitigen Leistungen — etwa der Meistbegünstigung — der westlichen Partner interessiert. Selbst hat sie nicht allzuviel anzubieten. Sie kann im GATT, das ohnehin schon Mühe hat, jene Staaten, die sich verbal zum Freihandel bekennen, auf eine Linie zu bringen, nicht konstruktiv mitarbeiten. Das Stör- und Konfliktpotential müsste grösser werden. Auf diesem Hintergrund ist die skeptische Haltung der USA zu erkennen.

Willy Linder

Partie remise

In Reykjavik gewann seinerzeit Bobby Fischer gegen einen Russen die Weltmeisterschaft. Jenes Spiel war von langer Hand vorbereitet worden. Der Amerikaner hatte erstmals Bedingun-

gen für den Ablauf durchgesetzt, für die alle Schachmeister ihm Dank schulden.

Der Gipfel Reagan—Gorbatschow war hingegen hastig improvisiert wor-

den. Er ist aber auch deshalb jenem sensationellen Wettkampf nicht vergleichbar, weil diesmal das Publikum den Sieg beider — mehr Abrüstung und sonstige Vereinbarungen — erhoffte und stattdessen, so wenigstens sieht es aus, beide als Verlierer zurückkehrten.

Kommentatoren haben Gorbatschow den «besseren Schachspieler» genannt. Er hat mit einem Gambit begonnen, weit mehr freilich als nur einen Bauern geopfert, nämlich erhebliche Konzessionen gemacht, mit denen die Amerikaner nicht gerechnet hatten, er hat das Fenster geöffnet, das die Amerikaner «window of opportunity» nennen. Doch schliesslich nahm er alle Konzessionen zurück; denn er band sie nachträglich an den amerikanischen Verzicht auf SDI, die neue Raketenabwehr, auch «star war» genannt, die im Labortest-Stadium zu halten wäre. Hier hat Präsident Reagan Zugeständnisse hinsichtlich der Fristen, aber nicht im Grundsätzlichen gemacht.

Die Amerikaner hatten nicht erwartet, dass in dieser Begegnung, zu der nur einige der zuständigen Berater mitkamen, auf zahlreiche substantielle Detailfragen einzugehen sein werde. Eher schien es eine Formalität zu sein, ein Entgegenkommen vor dem eigentlichen Gipfel in den USA, von dem seit dem Genfer Treffen so viel die Rede war.

Gegenüber SDI ist die sowjetische Stellungnahme zwiespältig. Einsteils: Es ist nicht machbar. Andernteils: Es würde den Amerikanern einen entscheidenden Vorsprung sichern, von Parität könnte dann nicht mehr die Rede sein. Stattdessen ginge es um nackte Hegemonie. Da die Sowjets früher als die Amerikaner an Raketenabwehr gearbeitet haben, dürfte die

zweite Variante der wirklichen Einschätzung am ehesten entsprechen.

«Die Türen sind nicht geschlossen.» Das haben Gorbatschow und später Reagan gesagt. Es war also nicht wie das Wiener Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow, das eine Zeit der Spannung einleitete.

Hatte Gorbatschow mit der Ablehnung seiner Forderung, seiner «Globalisierung» — kein Einvernehmen über Raketenabbau ohne den Verzicht auf die Raketenabwehr — gerechnet? Dann hätte er sich ungeheuer kooperativ gezeigt, um das vorausgesehene Scheitern dem Amerikaner anzulasten.

Diese Hypothese geht allerdings davon aus, dass Gorbatschow nur an Propagandaerfolgen interessiert war und nicht an Verminderung eines Rüstungsdrucks, der die sowjetische Wirtschaft belastet und die gewollten Reformen verhindert.

Es gibt aber eine dritte Möglichkeit, die den scheinbaren Widerspruch löst und die freilich ihrerseits Vermutung bleiben muss. Es wäre die folgende: Die Westeuropäer hatten auf den Erfolg der Begegnung gebaut, sind nunmehr enttäuscht und sehen in Reagan, der «Kriegsgurgel», dem starrsinnigen Greis, das hauptsächliche Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Auch die amerikanischen Wähler, die sehr bald Gelegenheit haben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, könnten in diesem Sinn reagieren. Wenn aber die westliche öffentliche Meinung bei Gorbatschow den guten Willen und bei Reagan das Nein wahrnimmt, das nicht mehr «njet», sondern «no» lautet, so wäre es eine günstigere Voraussetzung für die späteren Verhandlungen in Wien, in Genf, mit Reagan, oder in zwei Jahren seinem Nachfolger auf einem späteren Gipfel. Trotz Afghani-

stan und einigen anderen «Kleinigkeiten» wäre es nicht die Sowjetunion, die unter Druck gesetzt wird. Die Ungleichheit zwischen den beiden Supermächten ist eine zweifache: Wirtschaftlich und technologisch sind die USA weit leistungsfähiger als die Sowjetunion. Ein Kommentator sprach vom «Gipfel der anderthalb Mächte». Anderseits können die Sowjets einen Hebel ansetzen, den die Amerikaner nicht haben. Sie können auf dem Instrument der Meinungsbearbeitung im Westen spielen, die Amerikaner mit nichts Entsprechendem im Ostblock.

So hat Außenminister Schultz die NATO-Partner informiert, während sowjetischerseits die Verbündeten informiert und instruiert wurden, aber zugleich hochrangige Funktionäre in den westeuropäischen Hauptstädten erschienen. Im Westen — nur im Westen — können Wahlen zu einem Machtwechsel führen. Doch zwischen der Asymmetrie der Stärke und der

Asymmetrie der Propagandachancen gibt es keine Kompensation.

Von vornherein hatte Präsident Reagan eine ungünstige Ausgangsposition. Um die Begegnung nicht scheitern zu lassen, wurde ein wirklicher gegen einen erfundenen Spion ausgetauscht — es kam einer erfolgreichen Geiselnahme gleich. Als «Zuwaage» wurde ein seit Jahren inhaftierter und drangsaliertes Dissident übergeben, der Arzt Orlow, der die Verpflichtungen von Helsinki ernstgenommen hat. Die Zahl solcher Häftlinge ist so gross, dass jeweils ein nützlicher Gnadenakt der Exilierung vollzogen werden kann.

Der unmittelbare Propagandavorprung der Sowjets ist unbestreitbar. Wie aber, wenn er im Westen nichts bewirkt, wenn «Wandel durch Gipfel» nicht stattfindet? Dann ist langfristig die Ausgangslage die gleiche wie vor Reykjavik, und es war ein Remis.

François Bondy

**Tiger-Schibe,
gäbig, guet
u gschwind**

«Toast extra», die rezente
...aus Gruyère, Appenzeller
und Emmentaler

«Delicrem», die rahmige. Neu!
...besonders leicht schmelzend

«Sandwich», die milde
...aus Emmentaler

Schmelzkäsespezialitäten Langnau i.E.

Tiger Käse ag